

Die Rote Fahne

Centralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rote Fahne Berlin, Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Scheffingstr. 1, Telefon: B 1 Kur für 1825/23. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl. 26,40 M. in Berlin u. Orten m. ein. Postbez. ausd. Bestellg. 2,60 M.; Streifenband im Anhang 4,20 M.; n. d. Anst. 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8zeil. Exz. Millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorgan. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Fortm. 20 Pf., Ueberbr. 30 Pf., Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Pfingstgruß der Brüning-Regierung:

Unterstützungsabbau! Erhöhte Massensteuern!

Eine neue Notverordnung wird vorbereitet — Der Plan des Reichsbankpräsidenten Luther zur völligen Verflavung der deutschen Arbeiterklasse — Kasernierung und Zwangsarbeit — Mobilisiert alle für unsere Forderungen im Reichstag und Landtag!

Während die Leitartikel der bürgerlichen Zeitungen sich heute die Finger wund schreiben über die Ausdehnung des heiligen Geistes, bereitet die Brüningregierung die Ausdehnung einer neuen Schale von Notverordnungen über die verelendeten Massen vor. Die neue Notverordnung, durch die der Fehlbetrag des Reichshaushaltes in Höhe von 1,3 Milliarden Mark gedeckt werden soll, soll neuen Unterstützungs- und Lohnabbau, neue Massensteuern für alle Werktätigen bringen. Gleichzeitig damit wird der famose Plan des Reichsbankpräsidenten Luther bekannt, der in seiner praktischen Durchführung einen Lohnabbau von 80 Proz., verbunden mit Zwangsarbeit vorsieht. Beide Pläne sind Erzeugnisse der durch die verschärfte Krise aufgeschreckten Bourgeoisie.

Nach den Berichten bürgerlicher Blätter sind für die neue Notverordnung folgende Maßnahmen in Vorbereitung:

Die Unterstützungssätze für alle Erwerbslosen sollen um 20 Prozent gekürzt werden. Durch eine verschärfte Bedürftigkeitsprüfung hofft man, mehrere hunderttausend Erwerbslose ganz streichen zu können.

Die bisherige Bürgersteuer soll verdoppelt werden. Dadurch würde in Berlin z. B. die Bürgersteuer bei Alleinstehenden 36 Mark und bei Ehepaaren 54 Mark betragen.

Alle Beamten sollen zur Krassensteuer herangezogen werden.

Die bisherige Besteuerung der Steinkohlenbergarbeiter von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung soll befristet werden.

Die Invalidenrenten sollen um 7 Mark, die Witwenrenten um 5 Mark, die Waisenrenten um 4 Mark abgebaut werden.

Zur selben Zeit, wo diese Notverordnungen, die mit dem Artikel 48 verkündet werden sollen, hat die Reichsregierung die Vermögenssteuer für die Reichen um 20 Prozent herabgesetzt.

In einem „amtlichen Dementi“ zu diesen Mitteilungen heißt es, „daß das Kabinett bislang eine endgültige (!) Entscheidung nicht getroffen hat.“

Der große Raubplan Dr. Luthers

In den Verhandlungen zwischen Reichsbank und Reichsregierung zur Bekämpfung der Finanzkatastrophe hat der Reichsbankpräsident Luther einen geradezu ungeheuerlichen Plan über die „geldlose Wirtschaft“ entwickelt. Dieser Plan sieht folgendes vor:

Die Unternehmer „legen den größten Teil der Belastung auf die Arbeiter.“ Die bisher beschäftigten Arbeiter erhalten 10 bis 15 Mark Unterstützung und werden als Arbeitslose in den Betrieben weiter beschäftigt. Die Unterstützung wird nicht in bar bezahlt, sondern in Waren, die von den Arbeitslosen in den Konsumgüterbetrieben hergestellt werden. In der Praxis bedeutet das einen neuen Lohnabbau von mindestens 80 Prozent.

Ferner sollen Erwerbslose, „bei gemeinsamer Verpflegung und Unterbringung“, d. h. in Arbeitskasernen mit Gulaschküchen (allerdings ohne Gulasch) zum Siedlungsbau gezwungen werden. Wer sich weigert, in diese Sklavenarmee einzutreten, bekommt keinen Pfennig Unterstützung.

Bezeichnenderweise deckt sich dieser Plan, die deutschen Arbeiter in Galeerensträflinge zu verwandeln, mit Vorschlägen des sozialdemokratischen Professors Lederer, die er vor einigen Wochen im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte. Ein neuer Beitrag für die aktive Mitwirkung der SPD. an der Verflavung des deutschen Proletariats.



Diese ungeheuerlichen faschistischen Anschläge dürfen nicht in die Tat umgesetzt werden. Sammelt darum die Arbeitermassen und die Werktätigen zum Kampf für die Forderungen der Arbeiterklasse, die in den Anträgen unserer Fraktionen im Reichstag und Preussischen Landtag niedergelegt sind! Fordert und organisiert Besamungen in jedem Betrieb, in jeder Stempelstelle, in jeder Gewerkschaft und proletarischen Massenorganisation! Trefft dort alle Vorbereitungen zum Kampf und Streik in roter Einheitsfront!

Die bewaffnete Hand des Kapitals

Es war im November 1918. Die Arbeiter mit und ohne Waffenrock rißen ihren Schutzhelmen, den Stappenschweinen, die Kolarden ab. Die Offiziere verkrochen sich; wo sie sich zeigten, wurden sie entwannt. Das war die Situation, in der das Proletariat den Sozialismus von der Utopie zur Tat und Wirklichkeit werden lassen wollte.

Worauf sollten sich die alten ökonomischen Gewalten, worauf sollten sich die Kapitalisten stützen? Sie mußten dem ungeheuren proletarischen Drängen eine Macht entgegensetzen. In diesen Tagen sprach Ebert jeden Abend auf einem telefonischen Geheimnistrakt — mit General Groener, dem Nachfolger Ludendorffs in der Obersten Heeresleitung. Das Komplott wurde besiegelt; ein Freikorpsheer, mit den wilhelminischen Offizieren an der Spitze, aufgestellt; das Proletariat in den Schlachten des Januar, März und Mai 1919 zu Boden geschlagen.

Die Männer mit den karmosinroten Generalstabsstreifen an den Hosen, eben noch verjagt und vor der Volkswut in den Mausefängern, waren mit einmal wieder Herren der Situation. Man hat erst später aus Prozessen und Memoiren erfahren, in welcher entscheidenden Maße die Generale Groener, Reinhardt und Scheicher — damals noch Major — die Innen- und Außenpolitik des Kabinetts der sogenannten Volkskommission bestimmten.

Vier Jahre später ist der Bestand des kapitalistischen Systems abermals so gefährdet, schwebert die Inflation brette die Volksschichten in derartiges Elend, wächst die revolutionäre Gärung wieder so schnell und stark, daß im Herbst 1923 die Generale wiederum das entscheidende Wort sprechen. „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus.“ Ja Ruchel! Die Volksgewalt geht durch Eberts Anweisung auf die Militärs über, von denen man nicht weiß, ob sie Monarchisten oder Republikaner sind, von denen man aber bestimmt weiß, daß sie auf jeden Fall das kapitalistische Privateigentum an Großbetrieben, Grund und Banken, Handelshäusern und Schiffen, an Grund und Boden als Waffenträger der kapitalistischen Klasse zu verteidigen entschlossen sind.

Neun Jahre später. Wir haben keine Inflation — noch nicht! — aber wir haben sechs Millionen Arbeitslose in der Saisonkonjunktur.

Der Tiefpunkt der Krise hebt selbst die solidesten kapitalistischen Konzerne aus den Fugen, zerstört die Trusts und begräbt die Existenz des Kleingewerbes und Handwerks. Daß es besser werden, daß die Krise liquidiert wird, das wagen die beauftragten Regenten der herrschenden Klasse nicht einmal mehr zu hoffen. Ihre Perspektive für Sommer, Herbst und Winter heißt: es wird noch schlimmer werden!

Wir haben einen riesigen Produktionsapparat, der zu zwei Dritteln stillliegt.

Wir haben eine große Handelsflotte, von der weit über die Hälfte als totes Kapital in den Häfen ruht.

Wir haben eine junge proletarische Generation, die Werkstätten und Fabrikimmer nur vom Hörensagen kennt.

Wir haben hinter uns und vor uns ein Trommelfeuer auf Löhne und Unterstützungssätze.

Wir haben Millionen und aber Millionen, die in flammendem Haß gegen den Kapitalismus stehen. Proletarische Rebellionen drohen in größerem und für das System gefährlicherem Ausmaß als bisher.

Das ist wieder der Augenblick der Generale. Sie treten in den Vordergrund der Politik des kapitalistischen Deutschland. Sie stürzen und ernennen Minister. Das ist kein Zufall, das liegt nicht an den etwaigen besonderen Gaben der Herren Schleicher oder Hammerstein. Es ist die Stunde, die sie nach oben trägt.

Denn je schwächer der Kapitalismus, um so stärker muß er sich auf seine letzte Kraft, das Militär, stützen. Je mehr die Volksmassen nach dem revolutionären Ausweg drängen, umso mehr überläßt die herrschende Klasse die Initiative

Fünf Todesopfer auf Zeche Dorstfeld

Fördertörbe stürzen in die Tiefe — Die Schuld des Zementkapitals

Dortmund, 14. Mai. (Stg. Meldung.) Heute früh gegen 6,20 Uhr ereignete sich auf der Zeche Dorstfeld der GWSG ein schweres Förderkorblück. Bei der Einfahrt in die Grube riß das Förderseil und beide Körbe saukten in die Tiefe. Fünf Insassen der Körbe gelten als tot. Es handelt sich um den Grubenschloffer Friedrich Weller, die Elektriker Wilhelm Meißel, Erik Potthoff, Paul Bochermann und um den Pumpenwärter Walter Grundwald.

Wäre das Unglück 10 Minuten früher bei einer Seilfahrt der Belegfahrt erfolgt, so hätte es mindestens 100 Todesopfer gegeben. Die Toten sind noch nicht aus der Tiefe geborgen.

Dieses fürchterliche Unglück ist eine Folge der ungenügenden Sicherheitsmaßnahmen durch die Unternehmer, die in den Schächten die Ausbeutungsmethoden mahnwürdig gesteigert und die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen zu einer reinen Formsache herabgedrückt haben. Wenn behauptet wird, daß Zwischengeschirwerk der Förderanlage sei erst am Freitag von Sachverständigen der Seilprüfstelle Bochum geprüft worden, so kann es sich nicht um eine wirklich gründliche Prüfung gehandelt haben.

Man nimmt an, daß der Absturz nicht auf einen Seilbruch, sondern durch die Loslösung einiger Schraubenmuttern an dem Verbindungsgehäus, das den Korb mit dem Seil verbindet, hervorgerufen wurde. Die volle Verantwortung für dieses Unglück trifft die Grubenverwaltung und die verantwortliche Bergaufsicht.

Auf der Zeche Dorstfeld ereignete sich bereits im Jahre 1925 eine fürchterliche Grubenkatastrophe. Am 16. Mai kam es auf Schacht 5 zur Explosion eines Sprengstoffmagazins infolge der verbrecherischen Fahrlässigkeit der Zehendirektion. Der Tod hielt eine grausige Ernte, 45 verlorne Tote, 25 Schwerverletzte wurden damals aus dem Unglücksschacht geborgen. Trotz der kommunistischen Forderung wurden die Verantwortlichen von 1925 niemals vor ein Gericht gestellt.

Das neue Unglück aus Dorstfeld ist ein Alarmruf an die Bergarbeiter des Ruhrgebiets, den aktiven Kampf gegen den geplanten neuen Lohnabbau und gegen die mörderischen Ausbeutungsmethoden, den Kampf für die Sicherung ihres Lebens in allen Schächten aufzunehmen. Es ist ein Mahnruf an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, gegen die Unterdrücker- und Ausbeutungsmethoden in allen Betrieben sich mit allen geeigneten Mitteln gemeinsam zur Wehr zu setzen.

Streik der Steinarbeiter

Der Streikbeschuß der Steinarbeiter, von dem wir in unserer gestrigen Ausgabe bereits berichtet haben, ist durchweg in die Tat umgesetzt worden. Einmütig haben die Berliner Steinarbeiter gestern auf allen Baustellen den Streik ausgerufen. — Das zentrale Streiklokal ist bei Schulz, Elisabethstr. 30.